



I. Anmeldung - dringlich

TOP: Tischvorlage - 5c

Stadttrat

Sitzungsdatum 08.07.2015

öffentlich

Betreff:

Kreuzungsfreier Ausbau des Frankenschnellwegs

hier: Erstellung einer Umweltverträglichkeitsstudie einschließlich Aktualisierung des Verkehrsgutachtens.

Anlagen:

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☒	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VHG) hat mit seinen Beschlüssen vom 23.06.2015 die Berufung der Kläger gegen die klageabweisenden Urteile des Bayerischen Verwaltungsgerichts Ansbach zugelassen, weil die Rechtssache besondere tatsächliche und rechtliche Schwierigkeiten aufweise. Der VGH hält es für klärungsbedürftig, ob für den planfestgestellten kreuzungsfreien Ausbau des FSW nach EU-Richtlinie eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) notwendig gewesen wäre und insoweit der Artikel 37 BayStrWG nicht mit dem EU-Recht vereinbar sein könnte.

Die Regierung von Mittelfranken erachtet es als sinnvoll, ohne Anerkennung einer Rechtspflicht im Rahmen eines möglichen ergänzenden Planfeststellungsverfahrens vorsorglich eine UVP durchzuführen und den Planfeststellungsbeschluss insoweit zu ergänzen. Sie empfiehlt der Stadt Nürnberg, von einem externen Fachbüro eine Umweltverträglichkeitsstudie im Sinne des § 6 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu erstellen. Die in diesem Zusammenhang erforderliche Aktualisierung des Verkehrsgutachtens auf den Prognosehorizont 2030 sollte dabei vorgenommen werden.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
siehe Beilage



1a. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Nein	☐ Noch offen, weil
☒ Ja	

Kosten:

☒ noch nicht bezifferbar

Gesamtkosten	€	Folgekosten pro Jahr	davon pro Jahr	
davon investiv	€	☐ begrenzter Zeitraum	Sachkosten	€
davon konsumtiv	€	☐ dauerhaft	Personalkosten	€

1b. Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:

- ☐ **Nein** Abstimmung mit Stk (siehe Punkt 4) erforderlich
- ☒ **Ja** Betrag: € Profitcenter / Investitionsauftrag: E54100005700U

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- ☒ **Nein**
- ☐ **Ja** im Umfang von Vollkraftstellen (weiter bei 2b)

2b. Deckung vorhanden:

- ☐ **Nein** Abstimmung mit OrgA (siehe Punkt 4) erforderlich
- ☐ **Ja** Stellen-Nr.

3a. Prüfung der Genderrelevanz durchgeführt:

- ☒ **Nein**
- ☐ **Ja**

3b. Geschlechterrelevante Auswirkungen:

- ☒ **Nein**
- ☐ **Ja:**

4. Abstimmung ist erfolgt mit:

- | | |
|--|--|
| ☐ Ref. I / OrgA | ☐ Deckungsvorschlag akzeptiert |
| | ☐ keine Stellendeckung vorhanden |
| | ☐ Einbringung in das Stellenschaffungsverfahren |
| ☒ Ref. II / Stk | ☐ Deckungsvorschlag akzeptiert |
| | ☐ keine Haushaltsmittel vorhanden |
| | ☐ Ein Finanzierungsvorschlag ist noch zu erarbeiten |



☒ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐☐☐

✓ Herrn OBM *Kaly 8.7.15*

III. SÖR/WB

Nürnberg, 08. Juli 2015

Servicebetrieb Öffentlicher Raum Nürnberg

Erster Werkleiter

S. Jäger

()